

Vorlage

öffentlich

nichtöffentlich

Vorlage-Nr.: **320/12**

Der Bürgermeister
Fachbereich:
Recht/
Beteiligungsmanagement

zur Vorberatung an:

- Hauptausschuss
 Finanzausschuss
 Stadtentwicklungs-, Bau- und Wirtschaftsausschuss
 Kultur-, Bildungs- und Sozialausschuss
 Bühnenausschuss
 Ortsbeiräte/Ortsbeirat:

Datum: 21. August 2012

zur Unterrichtung an:

Personalrat

zum Beschluss an:

Hauptausschuss

Stadtverordnetenversammlung

13. September 2012

Betreff: Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Schwedt für das Geschäftsjahr 2011

Beschlussentwurf:

Die Stadtverordnetenversammlung Schwedt/Oder beschließt in Einzelabstimmung, den Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Schwedt für das Jahr 2011 Entlastung zu erteilen.

...

Finanzielle Auswirkungen:

- keine im Ergebnishaushalt im Finanzhaushalt
 Die Mittel sind im Haushaltsplan eingestellt. Die Mittel werden in den Haushaltsplan eingestellt.
Produktkonto: Haushaltsjahr:

Erträge:

Aufwendungen:

Einzahlungen:

Auszahlungen:

- Die Mittel stehen nicht zur Verfügung.
 Die Mittel stehen nur in folgender Höhe zur Verfügung:
 Mindererträge/Mindereinzahlungen werden in folgender Höhe wirksam:

Deckungsvorschlag:

Datum/Unterschrift Kämmerin

Bürgermeister/in

Beigeordnete/r

Fachbereichsleiter/in

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am
Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung am

den empfohlenen Beschluss mit Änderung(en) und Ergänzung(en) gefasst nicht gefasst.

F.d.R.d.A.

Dem Verwaltungsrat gehören an:

Vorsitzender

Polzehl, Jürgen

Stellvertretender Vorsitzender

Klinger, Bodo

Mitglieder

Denzin, Doris

Engelmann, Kai

Giese, Jutta

Kirsch, Ingeborg

Lichtenberg, Wolfgang

Rauch, Claudia

Schindler, Frank

Stellvertretende Mitglieder

Klockow, Heike

Grunwald, Elke

Kambs, Simone (bis 30. April 2011)

Ohlbrecht, Jörg (ab 8. November 2011)

Begründung:

Gemäß § 6 Absatz 2 Nr. 5 i. V. m. § 26 Absatz 4 Satz 1 BbgSpkG beschließt die Stadtverordnetenversammlung Schwedt/Oder über die Entlastung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Verwaltungsrates der Stadtsparkasse Schwedt.

Die Beschlussfassung über die Entlastung hat für jedes einzelne Mitglied bzw. stellvertretende Mitglied – in Einzelabstimmung – zu erfolgen.

Ein Verwaltungsratsmitglied bzw. ein stellvertretendes Verwaltungsratsmitglied, welches der Stadtverordnetenversammlung angehört, darf bei der Beschlussfassung über seine Entlastung nicht mitwirken.

Die Entlastung enthält keinen Verzicht auf etwaige Ersatzansprüche.

Der Verwaltungsrat hat im Jahr 2011 5 Verwaltungsratssitzungen durchgeführt.

Der Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Schwedt hat am 14. August 2012 den geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011 mit einer Bilanzsumme von 454.113.709,98 EUR und einem Bilanzgewinn von 345.477,81 EUR festgestellt.

Gemäß § 8 Abs. 2 Nr. 7 des BbgSpkG hat der Verwaltungsrat am 14. August 2012 über die Verwendung des Bilanzgewinns wie folgt entschieden.

Im Hinblick auf die Situation im Geschäftsgebiet (andauernder Bevölkerungsrückgang) und die Unsicherheit bezüglich künftiger regulatorischer Eigenkapitalanforderungen (Stichwort „Basel III“) wird auf eine Zuführung an den Träger verzichtet.

Der Bilanzgewinn 2011 von 345.477,81 EUR wird gemäß § 27 BbgSpkG in voller Höhe der Sicherheitsrücklage zugeführt.

Als Anlage werden dieser Vorlage die Jahresbilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. Dezember 2011 mit Anhang und Lagebericht beigelegt.

| | | | |
|---|---|---|-------------------|
| Vermerk | von: 104 | Frist: | Datum: 2012-04-25 |
| Betreff: Lagebericht 2011 | | | |
| Über: | An: 100, 200 | Verteiler: 104, 110, 500 | |
| <input checked="" type="checkbox"/> Kenntnisnahme <input checked="" type="checkbox"/> Entscheidung <input type="checkbox"/> Rücksprache <input type="checkbox"/> Rückgabe <input type="checkbox"/> Stellungnahme <input type="checkbox"/> Erledigung <input checked="" type="checkbox"/> Weitergabe | <input checked="" type="checkbox"/> Kenntnisnahme <input type="checkbox"/> Entscheidung <input type="checkbox"/> Rücksprache <input checked="" type="checkbox"/> Rückgabe <input type="checkbox"/> Stellungnahme <input checked="" type="checkbox"/> Erledigung <input type="checkbox"/> Weitergabe | <input checked="" type="checkbox"/> Kenntnisnahme <input type="checkbox"/> Entscheidung <input type="checkbox"/> Rücksprache <input type="checkbox"/> Rückgabe <input type="checkbox"/> Stellungnahme <input type="checkbox"/> Erledigung <input type="checkbox"/> Weitergabe | |

Sehr geehrte Herren,

anbei erhalten Sie den Lagebericht 2011 nach Abstimmung mit der Jahresabschlussprüfung. Ich bitte um eine Genehmigung der vorliegenden Fassung.

Ich möchte bereits an dieser Stelle darauf hinweisen, dass die Ausführungen zum Risikomanagement (Pkt. 5 des Lageberichts) vollständig und ohne Veränderungen in den Offenlegungsbericht 2011 übernommen werden.

Rückfragen dazu gerne an mich.

Freundliche Grüße


Susanne Klotzek

| | |
|---|-------------------------------|
| <u>Genehmigung des beigefügten Lageberichts 2011</u> | |
| <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| 12-04-24  Datum/ Unterschrift 100/200 | |

Lagebericht

Gliederung:

1. Rückblick 2011
2. Strategie und Geschäftsverlauf
3. Ertragslage
4. Finanz- und Vermögenslage
5. Risikobericht
6. Prognose- und Chancenbericht
7. Nachtragsbericht

1. Rückblick 2011

Erholung der Weltwirtschaft mit regional gemischtem Profil

Anfang 2011 lief die Erholung der Weltwirtschaft noch recht ungestört. Aus dem Konjunkturtal der Rezession Ende 2008/Anfang 2009 kommend setzte sich der Aufwärtstrend von 2010 zunächst vielerorts fort. Das Wachstumstempo war dabei allerdings in den einzelnen Regionen ungleich verteilt. Viele Schwellenländer, welche die Weltrezession ohne größere Blessuren in Form eigener Produktionseinbußen durchgestanden und die schon zuvor die größten Wachstumsraten vorzuweisen hatten, blieben auch 2011 besonders stark.

In den Industrieländern ging es dagegen zunächst um ein Wiederaufholen von verlorenem Stand. Länder wie Japan oder Deutschland, die wegen ihrer Exportorientierung in der Rezession besonders hohe Einbußen zu verkraften hatten, verzeichneten 2010 und Anfang 2011 auch den größten positiven Rückprall. Im Falle Japans wurde dieser allerdings im Frühjahr 2011 durch die Kombination von Naturkatastrophen jäh unterbrochen. Davon war neben der menschlichen Tragödie die Produktion im Lande betroffen, so dass das BIP für das Jahr 2011 real unter dem 2010er Wert blieb. Über die verzweigten Logistikketten in bestimmten Branchen wie Automobilbau und Elektrotechnik gab es von Japan ausgehend weltweit spürbare Engpässe.

Die USA haben 2011 nur ein Wachstum von real etwa 1,7 % erreicht und das nur dank starker wirtschaftspolitischer Stützung. Insbesondere die Geldpolitik ist im Dollarraum immer noch sehr expansiv. Der finanzpolitische Konsolidierungsbedarf wurde bislang erst sehr zögerlich angegangen. Insgesamt leiden diejenigen Länder, die zuvor eine kreditgetriebene Blase aufwiesen, am hartnäckigsten unter den Folgen der Rezession. Dort bilden der strukturelle Anpassungsbedarf und die Arbeitslosigkeit auf längere Sicht ein Problem.

In den Krisenländern des Euroraums sind vor allem die hohen Staatsschulden und die in der Folge stark gestiegenen Risikoprämien das Problem. Am kritischsten ist die Lage in Griechenland. Das Land befindet sich in einem Teufelskreis aus Rezession, steigendem Einsparbedarf und im Ergebnis trotz aller Anstrengungen weiter steigenden Schulden. Italien weist zwar ebenfalls einen hohen Schuldenstand und großen Reformstau auf, der Korrekturbedarf beim laufenden Defizit hat dort aber ein beherrschbares Ausmaß. In Portugal und vor allem in Irland ist eine Besserung des Leistungsbilanzsaldos zu verzeichnen - ein wichtiges Indiz für die Wiedergewinnung der preislichen Wettbewerbs- und Kapitalfähigkeit.

Deutschland auf relativ solidem Pfad

Deutschland hat dagegen sein staatliches Finanzierungsdefizit dank der relativ guten konjunkturellen Erholung 2011 auf 1,0 % des Bruttoinlandsproduktes zurückführen können. In den beiden vorangegangenen Jahren war der Grenzwert des Maastricht-Vertrages von 3 % noch überschritten worden.

Das Bruttoinlandsprodukt selbst hat hierzulande im Frühjahr 2011 sein Vorkrisenniveau wieder erreichen und dann leicht überschreiten können. Die Kapazitätsauslastung hat sich im Zuge der kräftigen Erholung recht schnell wieder normalisiert. Damit bestand dann wieder mehr Anlass für Investitionen zum Erhalt und zur Erweiterung der Produktionskapazitäten. Tatsächlich waren die Anlageinvestitionen (insgesamt 2011 real + 6,5 %) sowohl bei den Ausrüstungen (+ 8,3 %) als auch bei den Bauten (+ 5,4 %) sehr dynamisch. Die Investitionstätigkeit hat 2011 den Export als Haupttriebfeder des Wachstums der deutschen Wirtschaft abgelöst.

Der Export selbst lief zwar 2011 noch sehr gut (real + 8,2 %), doch legten zugleich auch die Importe (+ 7,2 %) deutlich zu.

Der private Konsum (real + 1,5 %) blieb von der Größenordnung des Expansionsstempos etwas hinter der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zurück. Hierzu dürften die nach der Rezession wieder gestiegene durchschnittliche Arbeitszeit, die gute Beschäftigung, damit einhergehend mehr Arbeitsplatzsicherheit und höhere Einkommen beigetragen haben. Die Sparquote als Anteil des Sparens der privaten Haushalte an ihrem verfügbaren Einkommen ist 2011 auf 10,9 % gesunken. 2010 lag sie noch bei 11,3 %.

Wegen seines hohen Gewichts im BIP trägt der Konsum - privat und staatlich zusammengenommen - mehr als ein Drittel des Gesamtwachstums 2011. Für das Gesamtjahr 2011 hat sich insgesamt eine Wachstumsrate von 3,0 % ergeben. Das ist deutlich über dem langjährigen Durchschnitt für Deutschland und nach 2010 das zweite starke Jahr in Folge.

Allerdings stammt ein Gutteil des jüngsten Wachstums noch aus einem statistischen Überhang aus 2010 und aus einem kräftigen Auftakt im ersten Quartal 2011. Danach hat sich die Entwicklung deutlich abgeflacht.

Neue Verunsicherung durch die Staatsschuldenkrise

Die Verlangsamung des Wachstums im Jahresverlauf ist durch die Verunsicherungen der Staatsschuldenkrise hervorgerufen. Spätestens seit Sommer 2011 wurde offensichtlich, dass Griechenland mit immer mehr Hilfskrediten der Partnerländer in der EU und des IWF nicht nachhaltig zu finanzieren sein wird. Auf diversen EU-Gipfeln und in begleitenden Verhandlungen mit den großen Gläubigern wurden immer weiter reichende, zunächst noch als „freiwillig“ deklarierte Schuldenschnitte verhandelt, welche im Falle Griechenlands dann auch beschlossen wurden. Damit war klar, dass Staatsanleihen nicht mehr als risikolose Anlageklasse einzustufen sind. Risikoprämien stiegen als Ansteckungseffekt auch für die Schulden anderer Länder.

Im Sommer 2011 brachen die Aktienmärkte ein, verloren zwischen Juli und September vielerorts - so auch in Deutschland gemessen am DAX - ein Drittel ihres Wertes. Angeführt wurden die Verluste von Bankaktien, ausgelöst durch Befürchtungen um Ausfälle aus Staatsanleihen und Rekapitalisierungsbedarf der Kreditinstitute. Tatsächlich gab es ab Herbst 2011 wieder Blockaden und Misstrauen am Interbankenmarkt. Die Lage erinnerte an die Situation nach der Lehman-Insolvenz drei Jahre zuvor. Viele Kreditinstitute parkten ihre Liquidität wieder bei der Europäischen Zentralbank, während andere Institute, vor allem aus den Krisenländern, in immer stärkerem Maße auf die Finanzierung durch die Notenbank angewiesen sind.

Die Europäische Zentralbank hat ihren Expansionsgrad gegen Jahresende 2011 noch

einmal deutlich gesteigert. Die im April und Juli als erster vorsichtiger Ausstieg aus der geldpolitischen Sondersituation vorgenommenen Leitzinsanhebungen wurden im November und Dezember unter dem neuen EZB-Präsidenten Draghi wieder zurückgenommen. Es blieb bei der Vollzuteilung bei den Tendergeschäften. Außerdem wurde im Dezember die Mindestreservepflicht halbiert. Besonders kritisch sind die 2010 schon begonnenen und in der zweiten Jahreshälfte 2011 massiv ausgeweiteten Ankäufe von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank zu sehen. Sie bedrohen die Unabhängigkeit der Notenbank und sind nicht vereinbar mit dem Gedanken der Trennung von Geld- und Finanzpolitik. Andererseits sind sie in der verschärften Staatsschuldenkrise das einzige kurzfristig funktionierende Instrument, um ein Überschießen der Risikoprämien zu verhindern, sich selbst erfüllende Prophezeiungen eines Staatsbankrotts zu vermeiden.

Akute Inflationsgefahren in der momentanen Konjunktursituation drohen davon ausgehend jedoch nicht. Die Preissteigerungsraten lagen 2011 zwar über Zielniveau - 2,7 % bei den Verbraucherpreisen im Euroraum, 2,3 % in Deutschland. Doch sind diese erhöhten Raten Einmaleffekten geschuldet, die nicht monetär verursacht sind. Hohe Energie- und Rohstoffpreise, allen voran wieder einmal der Ölpreis, haben 2011 ihre Spuren hinterlassen.

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wirkte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf die Stadtsparkasse Schwedt unter anderem durch eine günstige Refinanzierung und durch überschaubare Bewertungsaufwendungen insgesamt positiv aus.

2. Strategie und Geschäftsverlauf

2.1 Strategie

Die Stadtsparkasse Schwedt ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Träger der Sparkasse ist die Stadt Schwedt.

Die Sparkasse haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen und ist Mitglied des Ostdeutschen Sparkassenverbandes (OSV).

Die Stadtsparkasse Schwedt agiert in einem Geschäftsgebiet, das weiterhin durch Bevölkerungsrückgang, steigenden Altersdurchschnitt der Bewohner und stagnierende Kaufkraft sowie hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnet ist.

Deshalb, und im Hinblick auf die Anforderungen der MaRisk in der neuen Fassung von Dezember 2010, hat die Stadtsparkasse Schwedt ihre Geschäftsstrategie für einen Zeithorizont bis 2016 fortgeschrieben.

Ziel der Geschäftsstrategie ist es unverändert, die Selbständigkeit der Sparkasse langfristig und nachhaltig zu sichern. Die Erfüllung des öffentlichen Auftrags im Sinne von § 2 des Brandenburgischen Sparkassengesetzes, insbesondere die Finanzierung und Begleitung kleiner und mittelständischer Unternehmen, steht dabei ebenfalls weiterhin im Vordergrund. Die Risikodeckungsmasse der Stadtsparkasse Schwedt wird dementsprechend vor allem im Kundenkreditgeschäft eingesetzt. Die Eigenanlagen stellen den Überhang der Einlagen gegenüber den Kundenkrediten dar und sollen möglichst wenig Risikodeckungsmasse binden.

Unter dem Leitbild „fair, günstig, gut“ stehen die nachfolgenden Unternehmensziele unverändert im Fokus der geschäftspolitischen Aktivitäten der Sparkasse:



Die Geschäftsstrategie wurde durch die Abgrenzung von Geschäftsfeldern für die Marktbearbeitung vertieft. Diese werden künftig im Rahmen von noch zu erarbeitenden Marktbearbeitungsstrategien differenziert betreut. Dabei wird weiterhin die sorgfältige Ermittlung der Kundenbedürfnisse Basis des Vertriebs sein.

Zur Optimierung der Organisation der Sparkasse sollen alle Prozesse so schlank wie möglich und dabei kunden- und vertriebsorientiert sein. Erfolgreiche und bewährte Konzepte des Rechenzentrums und der Sparkassenverbände werden grundsätzlich übernommen, Individualisierungen oder Eigenentwicklungen unterbleiben soweit wie möglich.

Eine konsequente Personalpolitik trägt den steigenden Anforderungen der Kunden, aber auch der diversen Aufsichtsbehörden Rechnung. Diese Anforderungen führen zwangsläufig und unmittelbar auch zu steigenden Anforderungen an die Mitarbeiter der Sparkasse. Die Personalpolitik der Sparkasse wird auf Basis einer Personalstrategie gesteuert, mit der langfristig der qualitative und quantitative Personalbedarf gesichert werden soll.

Im Jahr 2011 bildete die Stadtparkasse Schwedt 10 Auszubildende aus (Vorjahr 9 Auszubildende).

Zum Jahresende 2011 beschäftigte die Sparkasse 95 Mitarbeiter (nach Köpfen), deren Qualifikation dem individuellen Anforderungsprofil der ausgeübten Tätigkeit entspricht.

Alle wesentlichen strategischen Ziele der Sparkasse werden künftig im Rahmen eines Strategiecontrollings überwacht. Das Strategiecontrolling umfasst nicht nur (wie bisher) die im Rahmen des DSGVO-Risikomonitorings zu erreichenden betriebswirtschaftlichen Werte, sondern auch Kennziffern aus Kundenperspektive, Mitarbeiterperspektive und Prozessperspektive. So ist gewährleistet, dass Vorstand und Verwaltungsrat noch besser als bisher Strategieumsetzung sowie die strategische Zielerreichung verfolgen und ggf. diesbezügliche Entscheidungen treffen können.

2.2 Geschäftsverlauf

2.2.1 Bilanzsumme

Die Bilanzsumme der Stadtparkasse Schwedt beträgt zum 31. Dezember 2011 454,1 Mio. Euro. Das entspricht einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr von 9,7 Mio. Euro bzw. 2,2 %. Dieser Zuwachs resultiert vor allem aus der Zunahme von Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (4,9 Mio. Euro) sowie den Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken (2,6 Mio. Euro). Auf der Aktivseite erhöhten sich die Brutto-Kundenforderungen (nach den Zahlen der Statistik „Geschäftsentwicklung“) leicht um 3,0 Mio. Euro. Auch die Eigenanlagen erhöhten sich um 4,1 Mio. Euro.

2.2.2 Kundengeschäft

2.2.2.1 Einlagengeschäft

Die Kundeneinlagen erhöhten sich trotz eines anhaltenden Bevölkerungsrückgangs von 1,0 % im Geschäftsgebiet stichtagsbezogen wiederum um 4,9 Mio. Euro (+ 1,2 %) auf 406,2 Mio. Euro. Die Prognose der Sparkasse hinsichtlich einer stagnierenden Einlagenentwicklung wurde somit übertroffen.

Vor allem bei den Sparkassenbriefen konnte mit 6,5 Mio. Euro (+ 10,2 %) ein deutlicher Zuwachs erreicht werden. Auch die Spareinlagenbestände sind leicht gestiegen (+ 0,9 Mio. Euro), wogegen die Inhaberschuldverschreibungen um 2,5 Mio. Euro sanken.

2.2.2.2 Kundenkreditgeschäft

Das gesamte Bruttokreditvolumen (nach den Zahlen der Statistik "Geschäftsentwicklung") erhöhte sich um 3,0 Mio. Euro auf 190,2 Mio. Euro und liegt damit über dem für 2011 geplanten „Nullwachstum“. Davon entfallen 85,9 Mio. Euro auf Privatpersonen, 80,6 Mio. Euro auf Unternehmen und Selbständige sowie 23,7 Mio. Euro auf öffentliche Haushalte und andere Kreditnehmer.

Im Jahr 2011 sagte die Stadtparkasse Schwedt neue Kredite im Volumen von 29,8 Mio. Euro zu (Vorjahr 30,6 Mio. Euro).

Während die Darlehenszusagen an Privatpersonen, vor allem zur Finanzierung des Wohnungsbaus, deutlich angestiegen sind (16,2 Mio. Euro), liegen die Zusagen an Unternehmen 4,5 Mio. Euro unter dem Vorjahr.

Schwerpunkte des gewerblichen Kreditportefeuilles liegen, wie auch in den Vorjahren, in den Branchen Grundstücks- und Wohnungswesen, Industrie, Kfz-Handel, Baugewerbe und kommunalnahe Unternehmen. Konjunktur- und strukturbedingt verbinden sich mit diesen Branchen zum Teil besondere Risiken. Der Anteil der Brutto-Kundenkredite an der Bilanzsumme liegt mit 42,8 % weiterhin deutlich über dem Durchschnittswert der Brandenburgischen Sparkassen (36,5 %).

2.2.2.3 Dienstleistungsgeschäft

Der Nettoabsatz an Kunden im Wertpapiergeschäft liegt mit 2,0 Mio. Euro leicht unter dem Vorjahr (2,2 Mio. Euro).

Die Bestände in den Wertpapierdepots der Kunden (inkl. eigener Inhaberschuldverschreibungen) erhöhten sich um 2,90 Mio. Euro auf 29,7 Mio. Euro. Die Bestände der DekaBankDepots verringerten sich dagegen um 5,5 Mio. Euro auf 30,4 Mio. Euro.

Das Vermittlungsgeschäft für Immobilien verzeichnete einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr, dagegen lag das Versicherungsgeschäft deutlich hinter dem Ergebnis des Vorjahres zurück.

2.2.3 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten einschließlich nachrangiger Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr leicht um 1,1 Mio. Euro auf 19,4 Mio. Euro. Die Erhöhung resultiert aus der Weiterleitung zinsgünstiger Förderkredite der Investitionsbank des Landes Brandenburg bzw. der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

2.2.4 Eigenanlagengeschäft

Der Gesamtbestand der Eigenanlagen erhöhte sich leicht auf 201,4 Mio. Euro (netto). Hervorzuheben ist ein Spezialfonds mit einem Gesamtbuchwert von 75,0 Mio. Euro (Vorjahr 75,0 Mio. Euro).

Der Bestand an Forderungen aus Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefen wurden im Jahr 2011 durch eine Fälligkeit um 5 Mio. Euro reduziert.

3. Ertragslage

3.1 Gewinn- und Verlustrechnung

Die Entwicklung der Ertragslage war wiederum zufriedenstellend. Das Betriebsergebnis vor Bewertung erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,12 Mio. Euro. Gemessen an der Planung für das Jahr 2011 ist das Betriebsergebnis vor Bewertung um 0,50 Mio. Euro höher ausgefallen.

Die Bewertungsaufwendungen von 0,80 Mio. Euro lagen deutlich oberhalb des Vorjahresniveaus und resultieren überwiegend aus der Bewertung der Beteiligung an der Landesbank Berlin. Das positive Bewertungsergebnis aus dem Kundenkreditgeschäft kompensiert vollständig die Bewertungsaufwendungen aus den Eigenanlagen der Sparkasse.

Nach Abzug des Steueraufwandes verbleibt ein verfügbarer Gewinn von 2,94 Mio. Euro (- 0,6 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr).

3.2 Gliederung der Ertragspositionen

Die Ertragslage wird in der nachfolgenden Gliederung dargestellt:

| Position | 31. Dez. 2010 in Mio. EURO | 31. Dez. 2011 in Mio. EURO |
|--|-------------------------------|-------------------------------|
| Zinsüberschuss | 11,55 | 11,25 |
| Provisionsüberschuss / sonst. ordentl. Erträge | 2,48 | 2,33 |
| <i>Summe ordentliche Erträge</i> | <u>14,03</u> | <u>13,58</u> |
| <i>Summe ordentliche Aufwendungen</i> | <u>-8,93</u> | <u>-8,36</u> |
| Nettoergebnis aus Finanzgeschäften | 0,00 | 0,00 |
| Betriebsergebnis I (vor Bewertung) | <u>5,10</u> | <u>5,22</u> |
| <i>Summe Bewertungsergebnis</i> | <u>-0,42</u> | <u>-0,80</u> |
| Betriebsergebnis II (nach Bewertung) | <u>4,68</u> | <u>4,42</u> |
| Neutrales Ergebnis | -0,38 | -0,07 |
| Ertragssteuern | -0,75 | -1,41 |
| Verfügbarer Gewinn | <u>3,54</u> | <u>2,94</u> |

Zu den Ergebnissen im Einzelnen:

3.2.1 Zinsüberschuss

Der gestiegene Zinsüberschuss resultiert aus dem Rückgang des jahresdurchschnittlichen Geschäftsvolumens im Vergleich zum Vorjahr bei leicht gesunkener Zinsspanne. Der Rückgang des Zinsüberschusses im Vergleich zum Vorjahr entspricht den Prognosen der Sparkasse, wenngleich dieser weniger deutlich als geplant ausfiel.

3.2.2 Provisionsüberschuss/sonstiger ordentlicher Ertrag

Der Provisionsüberschuss/sonstiger ordentlicher Ertrag hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,15 Mio. Euro verringert und liegt somit etwas unterhalb der Planungen der Sparkasse. Dabei sind vor allem die Provisionserträge aus der Vermittlung von Versicherungen sowie Investmentfonds deutlich zurückgegangen.

3.2.3 Ordentlicher Aufwand

Der Personalaufwand liegt 0,13 Mio. Euro unterhalb des Vorjahresniveaus und ca. 0,2 Mio. Euro unterhalb der Planungen der Sparkasse. Nach dem Sondereffekt aus der Rechenzentrumsmigration und den daraus resultierenden höheren Personalkapazitäten im Jahr 2010 haben sich die Personalkosten des Jahres 2011 wieder normalisiert.

Auch die Sachaufwendungen liegen deutlich unter den migrationsbedingten höheren Aufwendungen des Vorjahres (- 0,44 Mio. Euro) und leicht unterhalb der Planung für das Jahr 2011.

3.2.4 Bewertungsergebnis

Für das Kundenkreditgeschäft ergibt sich ein positives Bewertungsergebnis. Begünstigt durch die konjunkturelle Erholung konnte bei zahlreichen Engagements das Risiko deutlich reduziert werden.

Die Stadtparkasse Schwedt hat, wie auch in den Vorjahren, die Eigenanlagebestände nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Die weiterhin spürbare Nervosität der Märkte auf Grund der Krise der Europeripheriestaaten führte zu moderaten Bewertungsaufwendungen von 0,53 Mio. Euro.

Bewertungsaufwendungen aus Adressenausfällen im Eigenanlagegeschäft bestehen nicht.

Vor allem aus der Beteiligung der Sparkassen an der Landesbank Berlin resultieren sonstige Bewertungsaufwendungen in Höhe von insgesamt 0,86 Mio. Euro.

Insgesamt wurde das geplante Risikobudget von 1,3 Mio. Euro deutlich unterschritten.

3.2.5 Neutrales Ergebnis

Das neutrale Ergebnis liegt mit - 0,07 Mio. Euro deutlich unterhalb des Niveaus des Vorjahres. Dabei war das Vorjahr durch Sondereffekte aus der vorfälligen Ablösung institutioneller Refinanzierungen und den daraus resultierenden Vorfälligkeitsentschädigungen geprägt.

3.2.6 Ertragssteuern

Insgesamt ergibt sich ein Betriebsergebnis vor Steuern von 4,36 Mio. Euro. Die darauf entfallenden Ertragssteuern belaufen sich auf 1,41 Mio. Euro, davon 0,61 Mio. Euro Gewerbesteuer.

4. Finanz- und Vermögenslage

Die Finanz- und Vermögenslage der Sparkasse ist geordnet und solide.

Nach dem Beschluss über die Zuführung aus dem Bilanzgewinn 2011 wird sich die Sicherheitsrücklage auf 16,91 Mio. Euro (+ 2,1 %) erhöhen. Daneben verfügt die Sparkasse über umfangreiche ergänzende Eigenkapitalbestandteile. So wird die Sparkasse auch eine Dotierung des Sonderpostens für allgemeine Bankrisiken nach § 340 g HGB in Höhe von 2,60 Mio. Euro vornehmen. Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel gemäß § 10 KWG - bezogen auf die Eigenmittelanforderungen per 31. Dezember 2011 - überschreitet - wie auch in den Vorjahren - mit 21,6 % deutlich den gesetzlich vorgeschriebenen Wert von 8,0 %. Die Kernkapitalquote der Sparkasse beträgt zum 31. Dezember 2011 13,9 %. Die Basis für eventuelle künftige Geschäftsausweitungen sowie höhere aufsichtsrechtliche Eigenkapitalanforderungen ist somit gegeben.

Die Sparkasse verfügt über umfangreiche stille Reserven nach § 26 a KWG (a. F.) und § 340 f HGB. Mit den gebildeten Wertberichtigungen und Rückstellungen wurde den erkannten Risiken im Kreditgeschäft und den sonstigen Verpflichtungen ausreichend Rechnung getragen.

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr auf Grund einer angemessenen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben.

Die Grundsätze über Eigenkapital und Liquidität wurden jederzeit eingehalten. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften, die jederzeit eingehalten waren, wurden entsprechende Guthaben bei der zuständigen Zentralbank unterhalten. Die nach dem neuen Liquiditätsgrundsatz berechnete Liquiditätskennziffer beträgt zum 31. Dezember 2011 5,80 und liegt damit sehr deutlich über dem Mindestwert von 1,00.

Die Cost-Income-Ratio des Geschäftsjahres 2011 beträgt 61,6 % (Vorjahr 63,5 %) und liegt damit deutlich unterhalb der Planung von 64,5 %.

Der Vorstand ist mit der wirtschaftlichen Lage der Sparkasse, die durch eine zufriedenstellende Ertragslage, eine weitere Stärkung der Eigenmittel und durch einen hohen Bestand an Liquidität gekennzeichnet ist, zufrieden.

5. Risikobericht

5.1 Risikomanagement

Die im Rahmen dieses Berichtes betrachteten Risiken definiert die Stadtparkasse Schwedt folgendermaßen:

- **Adressenausfallrisiken**
Unter Adressenausfallrisiken versteht man die Gefahr eines teilweisen oder vollständigen Ausfalls vertraglich zugesagter Leistungen der Geschäftspartner. Diese Risiken bestehen insbesondere in Form von Bonitätsverschlechterungs- als auch Ausfallrisiken sowohl im gewerblichen Kundenkreditgeschäft als auch im Eigenanlagegeschäft der Sparkasse. Auf Gesamtbankebene ist zusätzlich der Grad der Diversifikation des Kreditportfolios entscheidend (Strukturrisiko).
- **Marktpreisrisiken**
Unter dem Marktpreisrisiko versteht man mögliche Wertverluste bei Finanztransaktionen, die durch Veränderungen von Zinsen, Spreads, Volatilitäten, Aktien- und Fremdwährungskursen eintreten können. Alle Marktpreisrisiken können bei handelsrechtlicher Betrachtung zum Bewertungs- (31. Dezember) oder Realisationsstichtag zu Abschreibungen führen oder bei barwertiger Betrachtung zu einer Barwertminderung. Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch als Teil der Marktpreisrisiken bestehen in der, aus einer Änderung des Marktinzinses resultierenden, Veränderung des Wertes von Finanzinstrumenten des Anlagebuches.

- **Liquiditätsrisiken**
Unter dem Liquiditätsrisiko wird die Gefahr verstanden, dass die Sparkasse ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt nachkommen, d. h. Zahlungsmittel nicht oder nur zu erhöhten Kosten beschaffen kann.
- **Operationelle Risiken**
Beim operationellen Risiko handelt es sich um die Gefahr von Schäden, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten.

5.2 Strategien, Prozesse, Struktur und Organisation

Gemäß den Vorgaben der MaRisk sind die Risikostrategien der Stadtsparkasse Schwedt konsistent zur Geschäftsstrategie und berücksichtigen alle wesentlichen Risiken. Neben einer übergreifenden Gesamtrisikostrategie hat die Sparkasse Teilstrategien für Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken und Operationelle Risiken verabschiedet. Art und Umfang der Risikoübernahme sowie des Umgangs mit den Risiken ergeben sich aus den Aktivitäten in den einzelnen Geschäftsfeldern, welche im Rahmen der Geschäftsstrategie festgelegt wurden.

Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für die Risikostrategien, das Risikotragfähigkeitskonzept, die ordnungsgemäße Organisation, die Überwachung der Risiken aller Geschäfte sowie die Risikosteuerung.

Der Bereich Gesamtbanksteuerung der Sparkasse, der dem Marktfolgevorstand zugeordnet ist, übernimmt das operative Risikocontrolling und trägt die Verantwortung für das Risikoreporting aller Risikoarten.

Die operative Risikosteuerung wird in der Sparkasse wahrgenommen durch:

- den Bereich Firmenkunden/Baufinanzierung,
- den Bereich Marktfolge Aktiv sowie
- einen Internen Anlageausschuss.

Ein weiterer Bestandteil des internen Kontrollsystems i. S. der MaRisk ist der Bereich Revision.

Als wesentliche Risiken wurden für die Stadtsparkasse Schwedt Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken und operationelle Risiken definiert.

Die Sparkasse nimmt das Management der Adressenausfall- und der Marktpreisrisiken sowie der operationellen Risiken auf Basis einer Risikotragfähigkeitbetrachtung vor. Diese Risiken werden im Rahmen einer Gesamtrisikotragfähigkeitsberechnung ermittelt und limitiert. Dazu wird auf Basis der operativen Ertragskraft der Sparkasse und der vorhandenen Reserven nach § 26 a KWG sowie §§ 340 f und g HGB sowie der Sicherheitsrücklage das Risikodeckungspotenzial ermittelt. Für die Szenarien „Planszenario“ und „Risikoszenario“ erfolgt die Definition der maximal einsetzbaren Risikodeckungsmasse, die auf Adressenausfall-, Marktpreisrisiken und operationelle Risiken verteilt werden. Die Höhe der Limitierung sowie die Auslastung der vergebenen Limite werden regelmäßig im Rahmen von Risikoanalysen überprüft. Dabei werden sowohl erwartete als auch Stressszenarien berücksichtigt. Entsprechend der Vorgaben der Mindestanforderungen an das Risikomanagement betrachtet die Sparkasse dabei die Auswirkungen von inversen Stresstests und simuliert einen schweren konjunkturellen Abschwung. Diese Herangehensweise ermöglicht das kontrollierte Eingehen von Risiken im Rahmen einer ertragsorientierten Gesamtbanksteuerung.

Auf diese Weise stellt die Sparkasse sicher, dass zur Abschirmung der potentiellen Risiken jederzeit ausreichendes Eigenkapital vorhanden ist.

5.3 Risikoreporting

Der Gesamtvorstand sowie der Verwaltungsrat der Sparkasse werden regelmäßig umfassend über die Risikotragfähigkeit, die Risiken i. S. der MaRisk sowie die Limitauslastung informiert.

Der Bericht über die Risikotragfähigkeit der Sparkasse wird vierteljährlich erstellt. Über die einzelnen Risikoarten wird in spezifischen Einzelreports berichtet. Abhängig von der Bedeutung der Risikoarten werden quartalsweise Risikoberichte, sowie zum Teil monatliche und wöchentliche Teilauswertungen erstellt. Diese werden dem Gesamtvorstand sowie den verantwortlichen Bereichen zur Verfügung gestellt. Der Verwaltungsrat der Sparkasse erhält einen vierteljährlichen Risikobericht. Die Berichterstattung zum Operationellen Risiko erfolgt in jährlichem Rhythmus. Verantwortlich für das Risikoreporting sowie die angewandten Methoden ist der Bereich Gesamtbanksteuerung. Neben dem periodischen Managementreporting existieren zusätzlich Regelungen für ein ad-hoc-Frühwarnsystem.

5.4 Adressenausfallrisiken

Diese Risiken bestehen insbesondere auch in Form von Bonitätsverschlechterungs- und Ausfallrisiken im Kundenkreditgeschäft.

Das Kundenkreditgeschäft fokussiert sich gemäß dem öffentlichen Auftrag auf die Stadt Schwedt, insoweit bestehen Konzentrationsrisiken. Durch diverse quantitative und qualitative Steuerungsinstrumente (z. B. gruppeninternes Ratingsystem, Berichtswesen, gegebenenfalls Einschränkungen bei der Kreditvergabe) und die Umsetzung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement wird ein risikoreduzierender und -begrenzender Einfluss erzielt. Daneben hat die Sparkasse ein System von Limiten zur Risikofrüherkennung struktureller Portfoliorisiken implementiert. So erfolgt eine Überwachung der ungesicherten Kredit- und Darlehensvolumina in potentiell ausfallgefährdeten Risikoklassen. Zur Steuerung der Risikokonzentrationen im Kundenkreditgeschäft nutzt die Sparkasse eine quantitative und qualitative Limitierung von granularitätsrelevanten Krediten und Darlehen.

Die Sparkasse setzt mit dem einheitlichen DSGVO-Rating ein aussagekräftiges Risikoklassifizierungsverfahren zur Beurteilung von Adressenausfallrisiken im Kundenkreditgeschäft ein. Das DSGVO-Rating stellt ein mathematisch-statistisches Beschreibungsmodell dar, das die ausfallrelevanten Merkmalsausprägungen eines Kreditnehmers auf der Basis historischer Erfahrungswerte in eine Bonitätsaussage übersetzt.

Im gewerblichen Kreditgeschäft nutzt die Sparkasse die Segmente Standard-, Immobilien- und KundenKompaktRating. Die Ratingnoten werden mindestens jährlich überwacht. Im Privatkundengeschäft kommt das Bestands- (kundenbezogen) sowie das Antragscoring (anlassbezogen) für Konsumentenkredite und Baufinanzierungen zum Einsatz. Neben der laufenden Überwachung der Kundenkredite ist somit bereits bei der Kreditvergabe eine umfassende Risikoanalyse der Kreditkunden gewährleistet.

Die erforderlichen Bewertungsmaßnahmen von ausfallbehafteten Kreditengagements werden basierend auf einer vorsichtigen, qualitativen Analyse des Portfolios unter Berücksichtigung der Rating- und Scoringnoten ermittelt. Über die Einzelwertberichtigungen hinaus werden bestehende Risiken durch Pauschalwertberichtigungen abgeschirmt. Ergänzend stehen umfangreiche Vorsorgereserven nach § 26a KWG a. F. und § 340 f HGB zur Verfügung.

Die wirtschaftlich schwierige Lage des Geschäftsgebiets, die durch eine unterdurchschnittliche Kaufkraft, Abwanderung und eine hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnet ist, führt zu einem schwach ausgeprägten Immobilienmarkt in der Region Schwedt. Daher ist eine besonders vorsichtige Bewertung aller Immobiliarsicherheiten erforderlich. Die Beherrschung und Steuerung der Adressenausfallrisiken im Kundenkreditgeschäft ist für die Sparkasse von höchster Bedeutung.

Erhöhte Adressenausfallrisiken im Kundenkreditgeschäft bestehen derzeit nicht.

Adressenausfallrisiken bestehen auch im eigenen Wertpapiergeschäft. Risikokonzentrationen bestehen innerhalb der Sparkassenfinanzgruppe im Landesbankensektor. Auf Grund der Bonität und der vorhandenen Sicherungseinrichtungen geht die Sparkasse hier von geringen Ausfallrisiken aus. Zur Steuerung dieser Risiken dienen vom Vorstand beschlossene Volumenlimite für Emittenten und Wertpapierarten. Den Limitentscheidungen gehen entsprechende Voten der organisatorisch bis auf Vorstandsebene getrennten Einheiten von Handel und Risikocontrolling voraus. Für Kaufentscheidungen werden neben dem Rating von Ratingagenturen (S & P, Moody's) auch aktuelle Entwicklungen und eigene Erkenntnisse berücksichtigt. Die Überwachung der Limite erfolgt fortlaufend.

Im Rahmen der selbstverwalteten Bestände erwirbt die Sparkasse ausschließlich Eigenanlagen mit Bonitäten im Investmentgradebereich. Die Sparkasse hält in ihren Direktanlagen keine Unternehmensanleihen oder Staatsanleihen außerhalb der Zone A. Zur Ausnutzung von Diversifikationseffekten erfolgt in begrenztem Umfang die Anlage in Corporates- und Emerging-Markets-Fonds im Rahmen des Spezialfonds der Sparkasse.

Die Berichterstattung über die Adressenausfallrisiken der Sparkasse erfolgt entsprechend den Regelungen der Mindestanforderungen an das Risikomanagement vierteljährlich gegenüber dem Vorstand und dem Verwaltungsrat der Sparkasse. Zusätzlich erfolgt eine monatliche Überprüfung und Überwachung dieser Limite.

Im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit und zur Erfüllung des öffentlichen Auftrages geht die Sparkasse Beteiligungen sowohl mit strategischem als auch kreditsubstituierendem Charakter ein. Neben der vierteljährlichen Überwachung im Rahmen des Adressenrisikoberichtes erfolgt jährlich eine vollumfängliche Berichterstattung über die Beteiligungsrisiken gegenüber Vorstand und Verwaltungsrat der Sparkasse.

5.5 Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken sind mögliche Ertragseinbußen, die sich aus den Veränderungen der Marktpreise für Wertpapiere und Derivate ergeben. Diese Marktrisiken werden mit dem Ziel gesteuert, Ertragschancen wahrzunehmen, ohne die finanziellen Ressourcen unangemessen zu belasten.

Tendenziell führen kurzfristig deutlich steigende Zinsen zu höheren Refinanzierungskosten und zu Bewertungsaufwendungen für im Bestand befindliche festverzinsliche Wertpapiere.

In der Sparkasse werden Marktpreisrisiken nach einem Value-at-Risk-Konzept bewertet (Basis: 10 Tage Haltedauer sowie 250 Tage Haltedauer, 99,00 % Konfidenzniveau). Unter Berücksichtigung von 250 Handelstagen wurden mögliche Marktschwankungen unterstellt. Diese werden täglich in Relation zu einem Risikolimit gesetzt, welches vom Vorstand auf Basis der Risikotragfähigkeitsberechnungen festgelegt wird.

Die Limitauslastung der Marktpreisrisiken wird wöchentlich an den Marktfolgevorstand berichtet. Daneben erfolgt eine vierteljährliche Berichterstattung an den Vorstand und den Verwaltungsrat der Sparkasse.

Als Frühwarnindikator hat die Sparkasse die Warnschwelle von 70 % der Limitauslastung definiert. Diese löst eine unverzügliche Berichtspflicht sowie eine Positionierung des Vorstandes zur weiteren Vorgehensweise der Sparkasse aus.

Die Methoden zur Messung der Marktpreisrisiken unterliegen einer regelmäßigen Überprüfung durch ein Backtesting der Sparkasse, signifikante Ausreißer waren nicht erkennbar.

Auf Grund des konservativen Portfolios der Sparkasse bestehen Risikokonzentrationen im Marktsegment Eurostaaten, Bundesländer und Öffentliche Pfandbriefe (durch die Zusammensetzung der Deckungsstöcke).

Zinsänderungsrisiken bestehen für das Anlagebuch der Sparkasse durch Fristeninkongruenzen zwischen den Aktiv- und Passivmitteln. Im Hinblick auf die nach wie vor steigende Präferenz der Kundschaft für Einlagen mit sehr kurzfristiger Zinsbindung und die zunehmende Wettbewerbsintensität hat die sachgerechte Steuerung der Zinsänderungsrisiken nach wie vor einen hohen Bedeutungswert.

Die Steuerung des Zinsänderungsrisikos der Sparkasse erfolgt GuV-basiert. Dazu wird das Zinsänderungsrisiko des Anlagebuches vierteljährlich analysiert und überwacht. Dazu setzt die Sparkasse das Konzept der Margenplanung (Ablauffiktionen) ein. Eine entsprechende Berichterstattung erfolgt an den Vorstand und den Verwaltungsrat der Sparkasse. Neben der periodischen Steuerungsebene berücksichtigt die Sparkasse bei ihren Entscheidungen zusätzlich die Auswirkungen auf den aufsichtsrechtlichen Zinsrisikokoeffizienten. Es bestehen keine Risikokonzentrationen in Form von Laufzeitkonzentrationen.

Zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos und zur Margensicherung großer Einzelgeschäfte setzt die Sparkasse Zinsderivate ein. So hält die Sparkasse derzeit Zinsswaps mit einem Volumen von 25,0 Mio. Euro und einem Kreditäquivalenzbetrag von 0,60 Mio. Euro im Bestand.

5.6 Liquiditätsrisiken

Die kurzfristige Liquidität ist durch eine abgestimmte Disposition sichergestellt. Zu diesem Zweck werden neben den laufenden Guthaben auch situativ Termingelder unterhalten. Im Bedarfsfall stehen Kreditlinien bei Kontrahenten zur Verfügung. Zudem kann sich die Sparkasse über Offenmarktgeschäfte bei der EZB refinanzieren.

Die langfristige Liquidität der Sparkasse ist daher nachhaltig gegeben. Die Sparkasse verfügt über eine breit aufgestellte, durch das Retailgeschäft bestimmte, Refinanzierungsbasis. Risikokonzentrationen bestehen daher nicht.

Mit einer Liquiditätskennzahl von 5,80 zum 31. Dezember 2011 verfügt die Sparkasse über eine komfortable Liquiditätsausstattung. Zur Einhaltung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement nutzt die Sparkasse ein Ampelmodell zur Überwachung des Risikos. Dabei wird auf Basis von Szenarioanalysen das potentielle Liquiditätsrisiko ermittelt. Das Unterschreiten definierter Schwellenwerte führt zu einer Ad-hoc-Berichtspflicht an den Vorstand. Somit ist die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Sparkasse gesichert.

Das Liquiditätsrisikoreporting erfolgt vierteljährlich an den Vorstand und den Verwaltungsrat der Sparkasse. Daneben wird die quantitative Einhaltung des Ampelmodells monatlich überwacht und der Vorstand im Rahmen eines Management-Information-Systems über den Ampelstatus informiert.

Des Weiteren hält die Sparkasse entsprechend den Regelungen der MaRisk eine Notfallplanung zur Liquiditätsbeschaffung vor, welche regelmäßig überprüft und aktualisiert wird.

5.7 Operationelle Risiken

5.7.1. Rechtsrisiken

Rechtsrisiken bestehen latent im Kreditgeschäft im Rahmen der Gestaltung der Kredit- und Sicherheitenverträge. Hier ist sichergestellt, dass ständig die jeweils aktuellen Verträge des Deutschen Sparkassenverlages zum Einsatz kommen und dass die Mitarbeiter in ausreichendem Maße über Rechtsänderungen und deren Auswirkungen informiert werden.

Die Rechtsrisiken im Wertpapiergeschäft werden wie im Kundengeschäft ebenfalls durch den Einsatz der jeweils aktuellen Vordrucke des Deutschen Sparkassenverlages und die obligatorischen Schulungen für alle Kundenberater minimiert.

Im Depot A-Bereich werden die von den Spitzenverbänden der Deutschen Kreditwirtschaft empfohlenen Rahmenverträge eingesetzt und die allgemeinen Handelsusancen beachtet.

5.7.2. Betriebsrisiken

Betriebsrisiken werden insbesondere im technischen und organisatorischen Bereich gesehen. Für den technischen Bereich (Ausfall von Soft- und Hardware sowie von Kommunikationsmitteln) existiert ein Notfallkonzept. Um organisatorische Risiken zu verhindern, wird konsequent an einem schlanken und effizienten Regelungs- und Kompetenzsystems gearbeitet. Dabei wird auch den Anforderungen des internen Kontrollsystems Rechnung getragen.

5.7.3. Risikosteuerung operationeller Risiken

Zur Steuerung der operationellen Risiken besteht ein Schwerpunkt in der Identifizierung und Früherkennung dieser Risiken. Dazu hat die Sparkasse die Verfahren des DSGVO, „Risikolandkarte“ und „Schadensfalldatenbank“, implementiert.

Die Risikoberichterstattung an den Vorstand und den Verwaltungsrat erfolgt in jährlichem Rhythmus. In 2011 gab es keine Aufwendungen für nennenswerte Schadensfälle.

5.8 Solvabilitätsverordnung

Die Ermittlung der Adressenrisikopositionen nach Solvabilitätsverordnung erfolgt auf Basis des Kreditrisikostandardansatzes.

Für die Eigenmittelunterlegung der operationellen Risiken wendet die Sparkasse den Basisindikatoransatz an.

5.9 Beurteilung der Risikolage

Die Risikolage der Sparkasse wird im Wesentlichen durch Marktpreisrisiken bestimmt. Hierbei können insbesondere kurzfristig sehr deutlich steigende Zinsen zu einer Belastung der Ertragslage führen. Marktpreisrisiken werden durch die Sparkasse auch für den Stressfall regelmäßig simuliert. Daneben haben Adressenausfallrisiken eine hohe Bedeutung, die Risiken werden durch eine vorsichtige Kreditpolitik und stringente Kreditüberwachung begrenzt.

Die Risikohöhe bewegte sich im Jahr 2011 sowohl im Plan- als auch im Risikoszenario innerhalb der eingeräumten Limite. Wesentliche Schwankungen der Werte bezogen auf die Risikodeckungsmasse sind nicht aufgetreten.

Insgesamt führen die Risiken der Sparkasse aufgrund der soliden Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und bestehenden Reservepositionen auch in Stressszenarien zu keiner bestandsgefährdenden Entwicklung.

6. Prognose- und Chancenbericht

6.1 Gesamtwirtschaftliche Perspektiven

Schwacher Start zum Jahresauftakt

Der Euroraum insgesamt steht seit Ende 2011 an der Schwelle zur Rezession. Deutschland leidet zwar ebenfalls mit, vor allem über die gedrückte Exportnachfrage, dürfte jedoch immer noch relativ stabil dastehen.

Gleichwohl ist die Situation in einer sich abschwächenden Weltkonjunktur und der noch immer schwelenden Krise im Euroraum nicht ohne Risiken. Eine Verschärfung der Krise mit dem weiteren Ausfall von staatlichen Schuldner, Kettenreaktionen bei den Banken und an

den Kapitalmärkten kann nicht ausgeschlossen werden. Mittelfristig ist auch ein deutlicher Zinsanstieg für Deutsche Staatsschulden nicht auszuschließen.

Die meisten Prognostiker haben deshalb für die besonders ungewisse Situation am Anfang des Jahres 2012 Zuflucht dazu genommen, ihre Vorhersagen in verschiedene bedingte Szenarien zu kleiden. Die Hauptszenarien unterstellen, dass es weder zu einer schnellen überzeugenden Lösung noch zu einer katastrophalen Eskalation der Staatsschuldenkrise kommt. Für eine solche Situation wird für Deutschland zumeist das Feld zwischen 0,1 und 0,5 % Wachstum für das Gesamtjahr 2012 beziffert.

Die Haupttriebfedern für das verbleibende kleine Wachstum müssen künftig vermehrt aus der Binnenwirtschaft, also vom Konsum und von den Investitionen kommen. Dafür erweist es sich als vorteilhaft, dass die Ablösung des Impulses von der Außenwirtschaft bereits im abgelaufenen Jahr eingeleitet ist. Der Außenhandel selbst wird 2012 angesichts der Abkühlung der Weltkonjunktur und der Schwäche der europäischen Handelspartner für Deutschland keinen Wachstumsbeitrag leisten können, sondern eher zur Bürde werden.

Finanzpolitik in Konsolidierung und Geldpolitik weiter in Sondermodus

Die Finanz- und Wirtschaftspolitik bleibt gleichwohl gefordert, der schwierigen Lage Rechnung zu tragen. Auch wenn in Deutschland der Druck der Märkte und der Zustand der Staatsfinanzen bei weitem nicht so dramatisch ist wie in den Krisenländern, bleibt das Erfordernis zur Konsolidierung auch hierzulande bestehen. Zur Unterstreichung der Glaubwürdigkeit ist die strikte Einhaltung der Vorgaben der „Schuldenbremse“ unabdinglich. Nur dann kann dieses Instrument als Vorbild für Europa funktionieren.

Die Geldpolitik der EZB wird auch 2012 im Sondermodus operieren. Das heißt, es bleibt bei der Vollzuteilung bei den Hauptrefinanzierungsgeschäften. Ende Februar wurde noch einmal ein Dreijahrestender angeboten. Die Idee dabei ist, den Kreditinstituten auch langfristig sicher planbare Liquidität zuzuführen und sie wieder zu motivieren, in Staatsanleihen zu investieren. So soll der hohe anstehende Refinanzierungsbedarf beim Roll-over von fälligen Staatsanleihen erleichtert werden. Deutsche Kreditinstitute und insbesondere Sparkassen sind auf derlei Flutung des Geldmarktes in der Regel nicht angewiesen.

Unmittelbare Inflationsgefahren drohen aber gleichwohl nicht. Vielmehr dürften sich die Preissteigerungsraten angesichts der abgeschwächten Konjunktur 2012 bei oder sogar unter der Zwei-Prozent-Marke einpegeln.

6.2 Kreditwirtschaft in Deutschland

Vor dem Hintergrund der insbesondere in der Europäeripherie weiter schwelenden Finanzmarktkrise geht die Sparkasse auch in den nächsten Jahren von einem erheblichen Wettbewerbs-, Kosten- und Margendruck aus. Diese Entwicklung hat sich auf Grund der Kapitalisierung von Wettbewerbern durch die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung insbesondere für das Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft noch verstärkt. Durch den massiven Rückgang des „Investmentbankings“ werden zusätzliche Kapazitäten frei, die nun ebenfalls in die angestammten Märkte der Sparkassen (und Genossenschaftsbanken) drängen.

Durch diese Rückbesinnung insbesondere der großen Privatbanken auf die „Realwirtschaft“ und damit auf das Retailbanking und das Mittelstandsgeschäft wird von „Experten“ eine Stabilisierung der gesamten Kreditwirtschaft erwartet. Tatsächlich trifft diese Rückbesinnung jedoch auf verteilte Märkte und könnte den schon seit Jahren zu beobachtenden Margenverfall beschleunigen. Folge: Weder die bisher im Retailbanking dominierenden Sparkassen und Genossenschaftsbanken noch die sich jetzt der „Realwirtschaft“ zuwendenden Banken werden mittelfristig ausreichende Renditen erzielen. Trotz der sehr erfolgreichen Geschäftsjahre 2009 bis 2011 für die meisten Sparkassen und

Genossenschaftsbanken könnte die nächste Branchenkrise damit bereits vorprogrammiert sein.

Die regulatorische Intensität der Jahre 2010 und 2011, die Maß und Ziel vermissen lässt, stellt de facto das Geschäftsmodell kleinerer Banken und Sparkassen in Frage. Der bürokratische Aufwand zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen steigt weiterhin exponential an.

Dabei sind manche Regulierungsvorhaben durchaus zielführend. Beispielsweise ist das Kernanliegen von „Basel III“, Eigenkapital und Liquidität der Kreditinstitute deutlich zu verbessern, richtig. Materiell könnte die Stadtparkasse Schwedt stark erhöhte Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen auf Basis der bisher maßgeblichen Kennziffern sofort erfüllen. Die tatsächliche Realisierung der erhöhten Anforderungen an die Kapital- und Liquiditätsanforderungen ist jedoch hoch komplex, bürokratisch und teilweise inkonsistent. Beispielsweise ist die Privilegierung der Finanzierung von Staaten gegenüber der Finanzierung der mittelständischen Wirtschaft im Lichte der aktuellen Krise vollkommen unverständlich.

Insofern werden große Kreditinstitute begünstigt, die als volkswirtschaftliches Klumpenrisiko identifiziert – ursprünglich durch Regulierungsaktivitäten beschränkt werden sollten.

6.3 Prognosebericht für das Geschäftsjahr 2012

Das Wirtschaftsgeschehen in Schwedt wird durch die Mineralölverarbeitung und die Papierherstellung dominiert.

Die Grenzlage zu Polen „in der Mitte“ Europas bietet weiterhin gute Chancen für die Schwedter Wirtschaft. Diese Perspektive ist im Hinblick auf die anhaltend schrumpfende Bevölkerungszahl, die hohe Arbeitslosigkeit und das steigende Durchschnittsalter der Bevölkerung für eine positive wirtschaftliche Entwicklung des Geschäftsgebietes von hoher Bedeutung.

Nach der positiven Einlagenentwicklung im Jahr 2011 erwartet die Sparkasse für das Geschäftsjahr 2012 einen moderaten Rückgang, vor allem im Bereich der kurzfristigen Einlagen. Auch im Kundenkreditgeschäft plant die Sparkasse eine moderate Bestandsreduzierung. Im Zusammenwirken mit der im Jahresverlauf 2011 deutlich verflachten Zinsstrukturkurve wird dies nach der aktuellen Planung 2012 zu einem rückläufigen Zinsüberschuss i. H. v. 10,4 Mio. Euro führen.

Der Provisionsüberschuss wird geringfügig oberhalb des Wertes von 2011 geplant.

Die Sachaufwendungen werden gegenüber dem Vorjahr um etwa 0,1 Mio. Euro auf 3,3 Mio. Euro sinken. Der Personalaufwand wird vor allem auf Grund erwarteter Tarifsteigerung mit 5,0 Mio. Euro leicht (+ 0,1 Mio. Euro) oberhalb des Vorjahres geplant.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung wird dementsprechend unter dem Niveau von 2011 in einer Größenordnung von 4,5 Mio. Euro erwartet. Damit wird die Cost-Income-Ratio, als eine zentrale Steuerungsgröße, die strategische Zielmarke von 70 % mit einem Planwert von 64,7 % weiterhin deutlich unterschreiten.

Die Sparkasse plant ihr Risikobudget 2012 mit 1,9 Mio. Euro. Das Risikobudget betrifft überwiegend Bewertungsaufwand für das Kreditgeschäft.

Aus dem Betriebsergebnis vor Steuern werden - nach Abzug des Steueraufwands - wiederum die Eigenmittel und stillen Reserven in einer Größenordnung von über 1 Mio. Euro dotiert werden können.

6.4 Mittelfristiger Prognosebericht für die Jahre 2013 und 2014

In Folge des hohen Einlagenwachstums in den Jahren 2009 bis 2011 prognostiziert die Sparkasse auch für die Jahre 2013 und 2014 leicht rückläufige Einlagenvolumina. Auch das Kundenkreditvolumen wird auf Grund hoher Tilgungsleistungen geringfügig sinken.

Die anhaltende verflachte Zinsstrukturkurve führt zu einem deutlichen Rückgang des Zinsüberschusses.

Der Provisionsüberschuss dürfte leicht ansteigen, wobei zu erwartende Einbußen bei den Kontoführungspreisen durch Mehreinnahmen in anderen Bereichen, z. B. Wertpapiergeschäft, im Versicherungsgeschäft oder Immobilienvermittlungsgeschäft ausgeglichen werden sollen.

Für die Jahre 2013 und 2014 werden niedrigere Sach- und leicht steigende Personalkosten erwartet. Für die Personalkosten ist die Höhe der Tarifabschlüsse von zentraler Bedeutung. Im Hinblick auf die weiter steigende Automatisierung des Bankgeschäfts und die hohe Nutzung des Internetbankings geht die Sparkasse von einer moderaten Reduzierung ihrer Beschäftigtenzahl in den nächsten Jahren aus.

Im Übrigen wird eine in 2012 erneut statt findende Aufgaben-, Prozess- und Kapazitätsanalyse voraussichtlich weiteres Einsparpotential aufzeigen, das spätestens ab 2013 realisiert wird.


6.5. Chancenbericht

Die Finanzkrise hat zwar die Reputation der Kreditwirtschaft nachhaltig beschädigt. Als kleine Sparkasse mit einer für die Kunden hohen Transparenz über die Geschäftspolitik und die Entscheidungsträger, ist die Stadtparkasse Schwedt von diesem Vertrauensverlust weit weniger betroffen als größere Kreditinstitute. Davon wird die Sparkasse im günstigen Fall über die unter Ziffern 6.3 und 6.4 dargestellten Ergebnisse hinaus profitieren.

7. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Schluss des Geschäftsjahres 2011 nicht eingetreten.

Schwedt, 2012-04-24


 Dietrich Klein


 Jürgen Dybowski

Anhang

0. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss 2011 der Stadtparkasse Schwedt wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses wurde gemäß § 296 Abs. 2 HGB wegen der untergeordneten Bedeutung von Tochterunternehmen für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage verzichtet.

I. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Forderungen

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute haben wir mit dem Nennwert bilanziert. Die Schuldscheine wurden mit dem Nennwert angesetzt.

Bei Darlehen wird der Differenzbetrag zwischen Nennwert und Auszahlungsbetrag in die Rechnungsabgrenzungsposten der Passivseite aufgenommen. Die erfolgswirksame Auflösung erfolgt grundsätzlich laufzeit- und kapitalanteilig. Im Fall von Festzinsvereinbarungen erfolgt die Verteilung auf die Dauer der Festzinsbindung.

Bei den Forderungen an Kunden wurde dem akuten Ausfallrisiko durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Auf den latent gefährdeten Forderungsbestand wurden angemessene Pauschalwertberichtigungen berücksichtigt, basierend auf den Erfahrungswerten der Vergangenheit. Die Höhe der Pauschalwertberichtigungen wird entsprechend dem Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 10. Januar 1994 sowie in Anlehnung an die BFA-Stellungnahme 1/90 des IDW ermittelt. Soweit die Gründe für eine Wertberichtigung nicht mehr bestehen, sind Zuschreibungen (Wertaufholungen) bis zu den Zeit- und Nominalwerten vorgenommen worden.

Wertpapiere

Die Ermittlung der Anschaffungskosten der Wertpapiere erfolgte nach der Durchschnittsmethode. Alle Wertpapiere wurden zum strengen Niederstwertprinzip bewertet. Wertaufholungen wurden durch Zuschreibungen auf den höheren Kurs, maximal aber bis zu den Anschaffungskosten, berücksichtigt.

Bei der Bewertung von Wertpapieren wurde der beizulegende Wert aus einem Börsen- oder Marktpreis abgeleitet.

Bei im Bestand gehaltenen Spezialfonds ist für die Bewertung grundsätzlich der nach investmentrechtlichen Grundsätzen bestimmte Rücknahmepreis maßgeblich.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen wurden zu den Anschaffungskosten bilanziert. Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert sind wegen dauerhafter Wertminderung in Höhe von 295,8 Tsd. Euro vorgenommen worden. Abschreibungen aus den Vorjahren wurden unverändert beibehalten.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagevermögen

Entgeltlich erworbene Software wurde nach den Vorgaben des IDW-Rechnungslegungsstandards „Bilanzierung von Software beim Anwender“ (IDW RS HFA 11) unter dem Bilanzposten „Immaterielle Anlagewerte“ ausgewiesen. Sie ist mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt worden, wobei eine betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer von 3 Jahren zugrunde gelegt wurde. Das Sachanlagevermögen wurde in den Zeiträumen der Anschaffung wie folgt abgeschrieben.

| | |
|-------------------------|---|
| 01.01.2000 – 31.12.2001 | degressive Abschreibung (unter Anwendung der Vereinfachungsregel gemäß Richtlinie 44 Abs. 2 Satz 3 EStR) |
| 01.01.2002 – 31.12.2008 | lineare Abschreibung |
| 01.01.2009 – 31.12.2009 | degressive Abschreibung (unter Anwendung des von der Bundesregierung am 05. November 2008 beschlossenen Maßnahmenpaket „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“) |
| 01.01.2010 – 31.12.2011 | lineare Abschreibung |

Bei Anwendung der degressiven Abschreibung wechselt die Sparkasse zur linearen Abschreibungsmethode, sobald letztere höhere Abschreibungsbeträge ermöglicht.

Die zugrunde gelegten Nutzungsdauern entsprechen den Vorschriften des EStG bzw. den amtlichen AfA-Tabellen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter sowie Software mit Anschaffungskosten bis 150,00 EUR sind im Erwerbsjahr voll abgeschrieben worden. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten über 150,00 bis 1.000 EUR sowie Software bis 410 EUR wurden in einen Sammelposten eingestellt, der über 5 Jahre linear Gewinn mindernd aufzulösen ist.

Die in früheren Geschäftsjahren vorgenommenen steuerrechtlichen Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen wirken sich im vorliegenden Jahresabschluss in niedrigeren laufenden Abschreibungen aus; dies hat zu einem entsprechend höheren Steueraufwand geführt; der verbleibende Saldo hat das Jahresergebnis um 2,2 TEUR erhöht.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert worden. Die Disagien zu Verbindlichkeiten wurden in den Rechnungsabgrenzungsposten auf der Aktivseite aufgenommen. Unterschiedsbeträge zwischen Ausgabe- und Erfüllungsbetrag bei Verbindlichkeiten werden auf die Laufzeit erfolgswirksam aufgelöst.

Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und pensionsähnliche Verpflichtungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf der Grundlage der Richttafeln 2005 von Prof. Dr. Klaus Heubeck entsprechend dem Teilwertverfahren unter Berücksichtigung der zukünftig erwarteten Lohn- und Gehaltssteigerungen von 1,6 % sowie Rentensteigerungen von 1,6 % ermittelt. Die Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen wurden mit einem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Rechnungszinssatz von 5,14 % abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahre ergibt.

Der Rückstellungsbetrag für die Verpflichtungen aus abgeschlossenen Altersteilzeitvereinbarungen ist nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Berücksichtigung der zukünftig zu erwartenden Lohn- und Gehaltssteigerungen von 1,5 % ermittelt und für eine durchschnittliche Restlaufzeit von 3,31 Jahren abgezinst. Als Rechnungszins ist der von der Deutschen Bundesbank veröffentlichte durchschnittliche Marktzins der vergangenen 7 Geschäftsjahre unter Berücksichtigung der Restlaufzeit der Verpflichtung in Höhe von 4,14 % verwendet worden.

Land Brandenburg

Die Stadtparkasse Schwedt ist aufgrund des Tarifvertrags über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (Altersvorsorge-TV-Kommunal) vom 01.03.2002 verpflichtet, für die anspruchsberechtigten Beschäftigten und Auszubildenden eine zur Versorgung führende Versicherung bei einer kommunalen Zusatzversorgungskasse abzuschließen.

Die Sparkasse erfüllt diese Verpflichtung durch die Anmeldung der anspruchsberechtigten Mitarbeiter beim Kommunalen Versorgungsverband Brandenburg - Zusatzversorgungskasse (ZVK) mit Sitz in Gransee.

Die ZVK ist eine kommunale Zusatzversorgungseinrichtung im Sinne des § 18 des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung (BetrAVG).

Das Vermögen der Kasse wird als Sondervermögen des Kommunalen Versorgungsverbandes Brandenburg geführt.

Die ZVK erhebt von den Arbeitgebern als Beteiligte Umlagen (§ 16). Der Umlagesatz wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen für den Deckungsabschnitt festgesetzt und betrug im Jahr 2011 1,1%. Daneben werden Zusatzbeiträge im Kapitaldeckungsverfahren (§ 18) erhoben. Dieser Zusatzbeitrag betrug im Jahr 2011 4%. Die Arbeitnehmerbeteiligung (§ 37a) von 2 % vermindert den Zusatzbeitrag des Arbeitgebers.

Für das Jahr 2012 sind voraussichtlich folgende Beiträge an die Zusatzversorgungskasse zu entrichten:

- Umlage 1,1 v. H.,
- Zusatzbeitrag 4,0 v. H.

Die Summe der umlagefähigen Gehälter betrug im Jahr 2011 3.821.715,65 EUR.

Die übrigen Rückstellungen wurden in Höhe des notwendigen Erfüllungsbetrags gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden und von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Im Zusammenhang mit der Unterbeteiligung des Ostdeutschen Sparkassenverbands (OSV) (Unterbeteiligter) an einer Erwerbsgesellschaft mbH & Co. KG hat der Hauptbeteiligte gegenüber dem Unterbeteiligten Anspruch auf Ersatz seiner Finanzierungskosten, sofern die von der Erwerbsgesellschaft mbH & Co. KG erzielten Erträge nicht ausreichen, die Finanzierungskosten zu begleichen. In einem solchen Fall hat die Sparkasse die Verpflichtung übernommen, anteilig für den anfallenden Aufwendungsersatz einzustehen.

Aus Gründen der kaufmännischen Vorsicht wurde eine Rückstellung in Höhe des für den gesamten Abrechnungszeitraum vom 01.09.2011 bis 31.08.2012 erwarteten Aufwendungsersatzes gebildet.

Aus der Unterbeteiligung (Erwerbsgesellschaft mbH & Co. KG) hat sich beim Ostdeutschen Sparkassenverband aufgrund von dauerhaften und vorübergehenden Wertminderungen weiterer Bewertungsaufwand ergeben. Die Verbandsgeschäftsführung des OSV hat daraufhin beschlossen, bei den Mitgliedssparkassen eine Sonderumlage zu erheben.

Eine Rückstellung wurde in Höhe der im Jahr 2012 zu erwartenden Umlagebeträge gebildet.

Fonds für allgemeine Bankrisiken

Es besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB.

Strukturierte Produkte

Die strukturierten Produkte wurden einheitlich (ohne Abspaltung der Nebenrechte) bilanziert und bewertet.

1. Kauf eines Kapitalmarkt- Floater als Schuldscheindarlehen in Höhe von 5.000 Tsd. Euro (Partizipationsrate 99,15 % am 5-Jahres-Swapsatz, fällig am 23.01.2012)
2. Verkauf eines Kapitalmarkt-Floater als Inhaberschuldverschreibung in Höhe von 844 Tsd. Euro (Partizipationsrate 90 % am 5-Jahres-Pfandbriefsatz, fällig am 18.01.2012)
3. Festzinsdarlehen mit optionalen Sondertilgungsrechten

Derivative Finanzinstrumente / Bewertungseinheiten

Derivative Finanzinstrumente (Micro-/Macro-Hedge in Form von Zinsswaps) wurden zur Begrenzung des Zinsänderungsrisikos eingesetzt.

Micro-Hedge

Das Sicherungsinstrument wurde mit dem ihn zugeordneten Grundgeschäfte als Bewertungseinheit gemäß § 254 HGB zusammengefasst.

Das Bewertungsergebnis wird unter Anwendung der sogenannten Einfrierungsmethode innerhalb einer Bewertungseinheit mit dem Bewertungsergebnis des abgesicherten Grundgeschäftes in zulässigem Umfang verrechnet.

| Risiko | | Grundgeschäft | | Sicherungsinstrument | | Art der Bewertungseinheit | prospektive Effektivität |
|----------|-----------------------------|-----------------------|--------------|----------------------|--------------|---------------------------|--------------------------------|
| Variable | Art | Art | Betrag TEuro | Risiko | Betrag TEuro | | |
| Zins | kontrahierter Zahlungsstrom | Festverzinsliches SSD | 10.000 | Payer-Swap | 10.000 | Mirco-Hedge | Laufzeit- und Volumenkongruenz |

Macro-Hedge

Die zum Ende des Geschäftsjahres bestehenden Zinsswapgeschäfte zur Absicherung gegen allgemeine Zinsänderungsrisiken wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsänderungsrisikos einbezogen (GuV-orientiert) und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

| Art de Derivats | Volumen | Restlaufzeit | Variabler Referenzzinssatz | Zeitwert |
|-----------------|-----------------|--------------------|----------------------------|------------------|
| Payer-Swap | 5.000.000 Euro | über 1 bis 5 Jahre | 6-M-Euribor | -526.210,10 Euro |
| Payer-Swap | 10.000.000 Euro | über 1 bis 5 Jahre | 6-M-Euribor | -327.659,70 Euro |

Für Zinsswaps wurden die Zeitwerte als Barwerte (ohne Stückzinsen) zukünftiger Zinszahlungsströme auf Basis der Marktzinsmethode ermittelt. Dabei fand die Swap-Zinskurve per 30. Dezember 2011 Verwendung.

Die zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos abgeschlossenen Zinsswapgeschäfte wurden in eine Gesamtbetrachtung aller bilanziellen und außerbilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands (Bankbuch) einbezogen. Nach dem Prinzip der verlustfreien Bewertung von Zinsrisiken im Jahresabschluss von Kreditinstituten ergibt sich die Notwendigkeit zur Bildung einer Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften nur insoweit, dass der Buchwert des Bankbuchs größer ist als der Barwert des Bankbuchs. Aus der Überprüfung zum Bilanzstichtag ergab sich kein Rückstellungsbedarf für Zinsänderungsrisiken, da der Netto-Buchwert aller zinstragenden Positionen durch den kongruent ermittelten Netto-Barwert positiv ist.

Währungsumrechnung

Die Sortenbestände wurden zum Ankaukurs der WestLB AG umgerechnet.

Die Aufwendungen aus der Währungsumrechnung wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt.

Die Erträge aus der Umrechnung der Sortenbestände wurden vollständig erfolgswirksam vereinnahmt.

II. Erläuterungen zur Jahresbilanz

Aktivseite:

Posten 3: Forderungen an Kreditinstitute

In diesem Posten sind enthalten:

Forderungen an die eigene Girozentrale 23.573.298,49 Euro

Posten 4: Forderungen an Kunden

In diesem Posten sind enthalten:

Forderungen an verbundene Unternehmen:

- Bestand am Bilanzstichtag 2.124.295,56 Euro

- Bestand am 31.12. des Vorjahres 2.224.536,87 Euro

Forderungen an Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:

- Bestand am Bilanzstichtag 1.224.040,45 Euro

- Bestand am 31.12. des Vorjahres 48.630,93 Euro

Forderungen mit Nachrangabrede:

- Bestand am Bilanzstichtag 300.000,00 Euro

- Bestand am 31.12. des Vorjahres 300.000,00 Euro

Posten 5: Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

In diesem Posten sind enthalten:

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind

börsennotiert 123.562.570,00 Euro

nicht börsennotiert 658.551,40 Euro

Posten 6: Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Gesamtbestand am Bilanzstichtag 74.995.793,93 Euro

Die Sparkasse hält folgende Anteile von mehr als 10 % an inländischen Investmentvermögen im Sinn des § 1 InvG und ausländischen Investmentanteilen im Sinn des § 2 Abs. 9 InvG:

| Klassifizierung nach Anlagezielen | Buchwert - TEuro - | Marktwert/ Anteilwert nach § 36 InvG | Differenz zwischen Marktwert und Buchwert - TEuro - | (Ertrags-) Ausschüttungen in 2011 - TEuro - |
|-----------------------------------|-----------------------|--|--|--|
| Mischfonds | 74.996 | 75.661 | 665 | 2.610 |

Posten 8: Anteile an verbundenen Unternehmen

In diesem Posten sind enthalten:

| | |
|---------------------------|---------------|
| Leasingobjektgesellschaft | 4.806,14 Euro |
|---------------------------|---------------|

Auf die Einbeziehung einer Leasingobjektgesellschaft im Sinne § 290 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 HGB in einen Konzernabschluss wurde wegen der untergeordneten Bedeutung für die Vermittlung eines den tatsächlichen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage verzichtet, weil die Bewertung des Leasingobjektes zum Zeitwert zu einer Veränderung des Konzerneigenkapitals von weniger als 5 % führen würde.

Posten 12: Sachanlagen

| | |
|---|-----------------|
| Der Bilanzwert der Betriebs- und Geschäftsausstattung beträgt | 716.465,99 Euro |
|---|-----------------|

Posten 13: Sonstige Vermögensgegenstände

| | |
|---|-----------------|
| Stille Beteiligung bei der Bayerischen Landesbank | 381.291,88 Euro |
|---|-----------------|

Posten 14: Rechnungsabgrenzungsposten

| | |
|---|-----------------|
| Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungs- und niedrigerem Ausgabebetrag bei Verbindlichkeiten oder Anleihen | 110.289,20 Euro |
|---|-----------------|

| | |
|---------------------------------|-----------------|
| Bestand am 31.12. des Vorjahres | 174.010,18 Euro |
|---------------------------------|-----------------|

Posten 15. Aktive latente Steuern

Aufgrund abweichender Ansatz- und Bewertungsvorschriften zwischen Handels- und Steuerbilanz bestehen zum 31. Dezember 2011 Steuerlatenzen.

Dabei wird der Gesamtbetrag der künftigen Steuerbelastungen im Bereich der Beteiligungen der Sparkasse an Personenhandelsgesellschaften durch absehbare Steuerentlastungen überdeckt. Die Steuerentlastungen resultieren aus bilanziellen Ansatzunterschieden insbesondere bei der Forderungsbewertung

Eine passive Steuerabgrenzung war demzufolge nicht erforderlich, auf den Ansatz aktiver latenter Steuern wurde verzichtet. Die Ermittlung der Differenzen erfolgte bilanzpostenbezogen unter Zugrundelegung eines Steuersatzes von 28,075 % (Körperschaft- und Gewerbesteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag). Aus Beteiligungen an Personengesellschaften resultierende, lediglich der Körperschaftsteuer und dem Solidaritätszuschlag unterliegende Differenzen, wurden bei den Berechnungen mit 15,825 % bewertet.

Mehrere Posten betreffende Angaben:

| | |
|---|---------------|
| Der Gesamtbetrag der auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände beläuft sich auf | 6.005,72 Euro |
|---|---------------|

Anlagenspiegel

| Entwicklung des Anlagevermögens (in Tsd. Euro) | | | | | | | | | | |
|---|----------------------------------|-------------------|-------------|---------|----------------|----------------|-----------|------------------------|------------------------|--|
| | Anschaffungs-/Herstellungskosten | | | | Zuschreibungen | Abschreibungen | | Buchwerte | | |
| | 01.01.11 ¹⁾ | Zugänge | Umbuchungen | Abgänge | lfd. Jahr | kumuliert | lfd. Jahr | 31.12.11 ¹⁾ | 31.12.10 ²⁾ | |
| Immaterielle Anlagewerte | 428,3 | 14,8 | 0 | 0,2 | 0 | 417,5 | 27,7 | 25,5 | 38,3 | |
| Sachanlagen | 5.481,3 | 243,7 | 0 | 419,5 | 0 | 4.589,0 | 257,12 | 716,5 | 880,0 | |
| Sonstige Vermögensgegenstände | 511,3 | 0 | 0 | 0 | 0 | 130,0 | 0 | 381,3 | 381,3 | |
| | | Veränderungen +/- | | | | | | | | |
| Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | | | | 0 | | | | 0 | 0 | |
| Schuldscheine ³⁾ | | | | 0 | | | | 40.000,0 | 0 | |
| Beteiligungen | | | | -280,4 | | | | 1.752,7 | 2.033,1 | |
| Anteile an verbundenen Unternehmen | | | | 0 | | | | 4,8 | 4,8 | |

1) Berichtsjahr

2) Vorjahr

3) Angabe erst ab 2011

Die Abschreibungen des laufenden Jahres sind kein rechnerischer Bestandteil des Anlagenspiegels. Es wurde von der Zusammenfassungsmöglichkeit des § 34 Abs. 3 RechKredV Gebrauch gemacht. Die Fortführung der Spalte Anschaffungskosten ist wegen der Anwendung von § 34 Abs. 3 Satz 2 RechKredV nicht möglich.

Beteiligungsspiegel

Die Sparkasse besitzt folgende Anteile an anderen Unternehmen in Höhe von mindestens 20 %:

| Name und Sitz | Eigenkapital in Euro per 31.12.2011 | Beteiligungsquote | Ergebnis 2011 in Euro |
|---|---|-------------------|--------------------------|
| Eudiom Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Sparkassenneubau OHG Wilhelm-Theodor-Römheld-Straße 30 55130 Mainz | - 706.127,54 | 94 % | 20.815,77 |

Passivseite:

Posten 1: Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

In diesem Posten sind enthalten:

Der Gesamtbetrag der als Sicherheit für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten übertragenen Vermögensgegenstände beläuft sich auf 2.658.758,80 Euro

Posten 2: Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen 143.275,04 Euro

Bestand am 31.12. des Vorjahres 143.056,68 Euro

Posten 6: Rechnungsabgrenzungsposten

Unterschiedsbeträge zwischen dem Auszahlungsbetrag bzw. den Anschaffungskosten von Forderungen gegenüber dem höheren Nominalwert sind enthalten in Höhe von 13.300,08 Euro

Bestand am 31.12. des Vorjahres 22.738,00 Euro

Posten 9: Nachrangige Verbindlichkeiten

Für nachrangige Verbindlichkeiten sind im Berichtsjahr Zinsen und andere Aufwendungen in Höhe von 386.080,71 Euro angefallen.

Die einzelnen Mittelaufnahmen, die jeweils 10 % des Gesamtbetrages übersteigen, sind wie folgt ausgestattet:

| Betrag in Euro | Zinssatz % | Fälligkeit am | vorzeitige Betrag Rückzahlungsverpflichtung |
|----------------|------------|---------------|---|
| 1.000.000 | 5,05 | 19.08.2013 | nein |
| 1.000.000 | 4,87 | 26.03.2018 | nein |

Die Bedingungen der Nachrangigkeit bei diesen Mitteln entsprechen § 10 Abs. 5 a KWG. Die (sonstigen) Mittelaufnahmen sind im Durchschnitt mit 3,862 % verzinst. Die Ursprungslaufzeiten bewegen sich zwischen 5 und 10 Jahren. Im Folgejahr werden aus diesen Mittelaufnahmen 1.074,3 Tsd. Euro zur Rückzahlung fällig.

Posten 12: Eigenkapital

Die nicht realisierten stillen Reserven im Sinne des § 10 Abs. 2 b Satz 1 Nr. 7 KWG (anrechenbarer Betrag) betragen 910.869,78 Euro

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Am Bilanzstichtag bestehende, nicht aus der Bilanz ersichtliche finanzielle Verpflichtungen aus Leasingverhältnissen gegenüber verbundenen Unternehmen belaufen sich auf 597.994,16 Euro.

Im Zusammenhang mit der Unterbeteiligung des Ostdeutschen Sparkassenverbandes an einer Erwerbsgesellschaft mbH & Co. KG hat der Hauptbeteiligte gegenüber dem Unterbeteiligten Anspruch auf Ersatz seiner Finanzierungskosten, sofern die von der Erwerbsgesellschaft mbH & Co. KG erzielten Erträge nicht ausreichen, die Finanzierungskosten zu begleichen. In einem solchen Fall hat die Sparkasse die Verpflichtung übernommen, anteilig für den anfallenden Aufwendungsersatz einzustehen.

Die Sparkasse hat darüber hinaus die Verpflichtung übernommen, für anfallende Zinsen aus einer Darlehensschuld des Ostdeutschen Sparkassenverbandes (Unterbeteiligter) einzustehen.

Ein Betrag, zu dem die Inanspruchnahme aus dem Haftungsverhältnis greifen kann, ist nicht quantifizierbar.

Restlaufzeitengliederung

Die gemäß § 9 RechKredV geforderte Gliederung der Forderungen und Verbindlichkeiten nach Restlaufzeiten ergibt sich für die folgenden Posten:

| Posten der Bilanz | Restlaufzeit bis zu 3 Monaten | - mehr als 3 Monate bis zu 1 Jahr | - mehr als 1 Jahr bis zu 5 Jahren | - mehr als 5 Jahre |
|---|-------------------------------|-----------------------------------|-----------------------------------|--------------------|
| | Angaben in Euro | | | |
| Aktiva 3 b) andere Forderungen an Kreditinstitute | 5.000.000,00 | 10.000.000,00 | 25.000.000,00 | 0,00 |
| Aktiva 4 Forderungen an Kunden | 5.885.761,00 | 25.672.193,49 | 49.208.576,08 | 96.627.572,92 |
| Passiva 1 b) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist | 545.804,25 | 1.101.738,47 | 5.132.246,81 | 12.562.736,71 |
| Passiva 2 a ab) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten | 8.624.999,76 | 174.736,00 | 13.629.808,48 | 14.184,75 |
| Passiva 2 b bb) Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist | 6.810.118,17 | 16.916.358,06 | 41.875.483,39 | 5.197.968,54 |
| Passiva 3 b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |

Anteilige Zinsen der jeweiligen Aktiv- und Passivposten werden gemäß § 11 RechKredV nicht nach Restlaufzeiten aufgliedert.

Angabe der Beträge, die in dem auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr fällig werden (ohne anteilige Zinsen):

| | Euro |
|---|---------------|
| Posten Aktiva 5 | |
| Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | 20.055.500,00 |
| Posten Passiva 3 a | |
| begebene Schuldverschreibungen | 4.000.000,00 |

Im Posten Aktiva 4, Forderungen an Kunden, sind Forderungen in Höhe von 7.125.273,84 Euro mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

III. Erläuterungen zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Posten 8: Sonstige betriebliche Erträge

In dieser Position sind Erträge in Höhe von 70.839,00 Euro
 enthalten, die aus der Auflösung von Rückstellungen für laufende Pensionen aufgrund einer Umstellung der Finanzierung der Pensionszusagen vom Umlage- zum Erstattungsverfahren beim Kommunalen Versorgungsverband ab 01.01.2010 resultieren

Posten 10: Allgemeine Verwaltungsaufwendungen

Die Position enthält Mietzahlungen aus einem Immobilien-Leasing-Vertrag mit einer vertraglich festgelegten Mietzeit von 22,5 Jahren seit dem 01. März 1995 in von 250.102,88 Euro

IV. Sonstige Angaben

Den Organen der Sparkasse gehören an:

Verwaltungsrat

Vorsitzender

Polzehl, Jürgen

Bürgermeister

Stellvertretender Vorsitzender

Klinger, Bodo

Rentner (Diplomingenieur Chemie)

Mitglieder

Denzin, Doris

leitende Innenrevisorin

Engelmann, Kai

Firmenkundenberater

Giese, Jutta

Sozialpädagogin/Jugendgerichtshelferin

Kirsch, Ingeborg

Rentnerin (Diplombetriebswirtin)

Lichtenberg, Wolfgang

Projektleiter

Rauch, Claudia

Geschäftsführerin

Schindler, Frank

Privatkundenberater

Stellvertretende Mitglieder

Klockow, Heike

Bereichsleiterin Privatkundengeschäft

Grunwald, Elke

Rentnerin (Betriebswirtin Bauwesen)

Kambs, Simone (bis 30. April 2011)

nicht berufstätig

Ohlbrecht, Jörg (ab 8. November 2011)

Geschäftsführer

Vorstand:

Vorsitzender

Klein, Dietrich

Mitglied

Dybowski, Jürgen

Mit nahestehenden Unternehmen und Personen haben wir ausschließlich marktübliche Geschäfte abgeschlossen.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhielten für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr Gesamtbezüge in Höhe von 17,6 Tsd. EUR.

Auf die Angabe der Bezüge des Vorstandes und der früheren Mitglieder des Vorstandes wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Pensionsrückstellungen für die früheren Mitglieder des Vorstandes und für die Hinterbliebenen betragen am 31.12.2011 751,6 Tsd. EUR.

Den Mitgliedern des Vorstandes wurden Kredite Höhe von 1,0 Tsd. EUR und den Mitgliedern des Verwaltungsrates in Höhe von 183,2 Tsd. EUR gewährt.

Im Geschäftsjahr wurde von dem Abschlussprüfer folgendes Gesamthonorar berechnet:

| | |
|---------------------------------------|-----------------|
| ▪ für die Abschlussprüfungsleistungen | 169,4 Tsd. Euro |
| ▪ für andere Bestätigungsleistungen | 0,0 Tsd. Euro |
| ▪ für sonstige Leistungen | 0,0 Tsd. Euro |

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

| | |
|------------------|--------------------|
| Vollzeitkräfte | 60,4 |
| Teilzeitkräfte | 28,7 |
| Auszubildende | 8,3 |
| Insgesamt | <u>97,4</u> |

Schwedt, 25. April 2012

Der Vorstand

| AKTIVA | | | | 31.12.2010 |
|---|-------------------|----------------|-----------------------|----------------|
| | | EUR | EUR | Tsd. EUR |
| 1. Barreserve | | | | |
| a) Kassenbestand | | 3.803.529,42 | | 4.595 |
| b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank | | 6.326.602,95 | | 4.051 |
| | | | 10.130.132,37 | 8.646 |
| 2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind | | | | |
| a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen | | 0,00 | | 0 |
| b) Wechsel | | 0,00 | | 0 |
| | | | 0,00 | 0 |
| 3. Forderungen an Kreditinstitute | | | | |
| a) täglich fällig | | 13.673.737,30 | | 12.919 |
| b) andere Forderungen | | 40.713.433,63 | | 40.833 |
| | | | 54.387.170,93 | 53.752 |
| 4. Forderungen an Kunden | | | 184.626.966,79 | 180.654 |
| darunter: durch Grundpfandrechte gesichert | 97.012.089,87 EUR | | (| 95.294) |
| Kommunalkredite | 33.807.676,42 EUR | | (| 31.936) |
| 5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | | | | |
| a) Geldmarktpapiere | | | | |
| aa) von öffentlichen Emittenten | 0,00 | | | 0 |
| darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank | 0,00 EUR | | (| 0) |
| ab) von anderen Emittenten | 0,00 | | | 0 |
| darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank | 0,00 EUR | | (| 0) |
| | | | 0,00 | 0 |
| b) Anleihen und Schuldverschreibungen | | | | |
| ba) von öffentlichen Emittenten | 30.357.543,90 | | | 25.813 |
| darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank | 29.863.770,00 EUR | | (| 25.813) |
| bb) von anderen Emittenten | 95.363.354,94 | | | 94.926 |
| darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank | 95.363.354,94 EUR | | (| 94.926) |
| | | 125.720.898,84 | | 120.739 |
| c) eigene Schuldverschreibungen | 670.929,20 | | | 796 |
| Nennbetrag | 674.000,00 EUR | | (| 794) |
| | | | 126.391.828,04 | 121.535 |
| 6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | | | 74.995.793,93 | 75.756 |
| 6a. Handelsbestand | | | 0,00 | 0 |
| 7. Beteiligungen | | | 1.752.678,62 | 2.033 |
| darunter: | | | | |
| an Kreditinstituten | 0,00 EUR | | (| 0) |
| an Finanzdienstleistungsinstituten | 0,00 EUR | | (| 0) |
| 8. Anteile an verbundenen Unternehmen | | | 4.806,14 | 5 |
| darunter: | | | | |
| an Kreditinstituten | 0,00 EUR | | (| 0) |
| an Finanzdienstleistungsinstituten | 0,00 EUR | | (| 0) |
| 9. Treuhandvermögen | | | 0,00 | 0 |
| darunter: | | | | |
| Treuhandkredite | 0,00 EUR | | (| 0) |
| 10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch | | | 0,00 | 0 |
| 11. Immaterielle Anlagewerte | | | 25.469,00 | 38 |
| 12. Sachanlagen | | | 716.465,99 | 880 |
| 13. Sonstige Vermögensgegenstände | | | 597.852,15 | 587 |
| 14. Rechnungsabgrenzungsposten | | | 484.546,02 | 508 |
| Summe der AKTIVA | | | 454.113.709,98 | 444.394 |

| PASSIVA | | | | 31.12.2010 |
|---|----------------|----------------|-----------------------|----------------|
| | EUR | EUR | EUR | Tsd. EUR |
| 1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | | | | |
| a) täglich fällig | | 9.873,17 | | 10 |
| b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist | | 19.342.981,78 | | 17.268 |
| | | | 19.352.854,95 | 17.277 |
| 2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | | | | |
| a) Spareinlagen | | | | |
| aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten | 94.946.698,01 | | | 97.569 |
| ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten | 22.443.728,99 | | | 18.897 |
| | | 117.390.427,00 | | 116.465 |
| b) andere Verbindlichkeiten | | | | |
| ba) täglich fällig | 205.212.283,36 | | | 204.882 |
| bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist | 70.800.714,40 | | | 64.262 |
| | | 276.012.997,76 | | 269.143 |
| | | | 393.403.424,76 | 385.609 |
| 3. Verbriefte Verbindlichkeiten | | | | |
| a) begebene Schuldverschreibungen | | 4.077.300,54 | | 6.625 |
| b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten | | 0,00 | | 0 |
| darunter: | | | | |
| Geldmarktpapiere | 0,00 EUR | | (| 0) |
| eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf | 0,00 EUR | | (| 0) |
| | | | 4.077.300,54 | 6.625 |
| 3a. Handelsbestand | | | 0,00 | - |
| 4. Treuhandverbindlichkeiten | | | 0,00 | 0 |
| darunter: Treuhandkredite | 0,00 EUR | | (| 0) |
| 5. Sonstige Verbindlichkeiten | | | 491.231,22 | 470 |
| 6. Rechnungsabgrenzungsposten | | | 215.369,95 | 252 |
| 7. Rückstellungen | | | | |
| a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen | | 1.254.011,00 | | 1.231 |
| b) Steuerrückstellungen | | 586.400,00 | | 402 |
| c) andere Rückstellungen | | 2.044.539,11 | | 1.391 |
| | | | 3.884.950,11 | 3.024 |
| 8. Sonderposten mit Rücklageanteil | | | 0,00 | 0 |
| 9. Nachrangige Verbindlichkeiten | | | 8.681.333,43 | 10.076 |
| 10. Genussrechtskapital | | | 0,00 | 0 |
| darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig | 0,00 EUR | | (| 0) |
| 11. Fonds für allgemeine Bankrisiken | | | 7.100.000,00 | 4.500 |
| 12. Eigenkapital | | | | |
| a) gezeichnetes Kapital | | 0,00 | | 0 |
| b) Kapitalrücklage | | 0,00 | | 0 |
| c) Gewinnrücklage | | | | |
| ca) Sicherheitsrücklage | 16.561.767,21 | | | 16.167 |
| cb) andere Rücklagen | 0,00 | | | 0 |
| | | 16.561.767,21 | | 16.167 |
| d) Bilanzgewinn | | 345.477,81 | | 395 |
| | | | 16.907.245,02 | 16.562 |
| Summe der PASSIVA | | | 454.113.709,98 | 444.394 |
| 1. Eventualverbindlichkeiten | | | | |
| a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegeben abgerechneten Wechseln | | 0,00 | | 0 |
| b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen | | 10.581.424,58 | | 9.229 |
| c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten | | 0,00 | | 0 |
| | | | 10.581.424,58 | 9.229 |
| 2. Andere Verpflichtungen | | | | |
| a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften | | 0,00 | | 0 |
| b) Plazierungs- und Übernahmeverpflichtungen | | 0,00 | | 0 |
| c) Unwiderrufliche Kreditzusagen | | 11.712.807,24 | | 17.510 |
| | | | 11.712.807,24 | 17.510 |

| Gewinn- und Verlustrechnung | | 1.1.-31.12.2010 | |
|--|----------------|-----------------|-----------|
| 1. Januar bis 31. Dezember 2011 | | EUR | EUR |
| | | EUR | Tsd. EUR |
| 1. Zinserträge aus | | | |
| a) Kredit- und Geldmarktgeschäften | 11.047.896,91 | | 11.706 |
| b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldverschreibungen | 3.818.504,54 | | 4.194 |
| | | 14.866.401,45 | 15.900 |
| 2. Zinsaufwendungen | | 6.134.981,56 | 7.153 |
| darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen | 2.134,13 EUR | | (1) |
| | | 8.731.419,89 | 8.748 |
| 3. Laufende Erträge aus | | | |
| a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren | 2.610.317,56 | | (2.584) |
| b) Beteiligungen | 62.016,09 | | (61) |
| c) Anteile an verbundenen Unternehmen | 0,00 | | (0) |
| | | 2.672.333,65 | 2.645 |
| 4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen | | 0,00 | 0 |
| 5. Provisionserträge | | 2.542.274,79 | (2.654) |
| 6. Provisionsaufwendungen | | 286.932,52 | (326) |
| | | 2.255.342,27 | 2.328 |
| 7. Nettoertrag oder Nettoaufwand aus Finanzgeschäften | | 0,00 | 11 |
| 8. Sonstige betriebliche Erträge | | 361.265,82 | 356 |
| 9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil | | 0,00 | 0 |
| | | 14.020.361,63 | 14.077 |
| 10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen | | | |
| a) Personalaufwand | | | |
| aa) Löhne und Gehälter | 4.181.787,47 | | (4.319) |
| ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung | 823.072,95 | | (803) |
| darunter: für Altersversorgung | 144.590,57 EUR | | (112) |
| | | 5.004.860,42 | 5.122 |
| b) andere Verwaltungsaufwendungen | 3.734.936,27 | | (3.540) |
| | | 8.739.796,69 | 8.662 |
| 11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen | | 284.775,14 | 352 |
| 12. Sonstige betriebliche Aufwendungen | | 399.503,43 | 277 |
| aus der Fremdwährungsrechnung | 2.569,62 EUR | | (3) |
| aus der Aufzinsung von Rückstellungen | 67.682,00 EUR | | (69) |
| 13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft | | 0,00 | (1.443) |
| 14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft | | 59.496,04 | (0) |
| | | 59.496,04 | 1.443 |
| 15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere | | 295.787,85 | (26) |
| 16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren | | 0,00 | (0) |
| | | 295.787,85 | 26 |
| 17. Aufwendungen aus Verlustübernahme | | 0,00 | 0 |
| 18. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil | | 2.600.000,00 | 1.100 |
| 19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit | | 1.759.994,56 | 2.218 |
| 20. Außerordentliche Erträge | | 0,00 | (0) |
| 21. Außerordentliche Aufwendungen | | 0,00 | (73) |
| darunter: Übergangseffekte auf Grund des BilMoG 0,00 EUR | | | (73) |
| 22. Außerordentliches Ergebnis | | 0,00 | 73 |
| 23. Steuern vom Einkommen und Ertrag | | 1.413.198,99 | (749) |
| 24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen | | 1.317,76 | (1) |
| | | 1.414.516,75 | 750 |
| 25. Jahresüberschuss | | 345.477,81 | 1.395 |
| 26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr | | 0,00 | 0 |
| | | 345.477,81 | 1.395 |
| 27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen | | | |
| a) aus der Sicherheitsrücklage | 0,00 | | (0) |
| b) aus anderen Rücklagen | 0,00 | | (0) |
| | | 0,00 | 0 |
| | | 345.477,81 | 1.395 |
| 28. Einstellung in Gewinnrücklagen | | | |
| a) in die Sicherheitsrücklage | 0,00 | | (1.000) |
| b) in andere Rücklagen | 0,00 | | (0) |
| | | 0,00 | 1.000 |
| 29. Bilanzgewinn | | 345.477,81 | 395 |